

Mittelsächsische LinksWorte

17. November 2015

Nr. 99

9. Jahrgang



Der Goldene Oktober verspätete sich in diesem Jahr gehörig, reichte dafür aber bis weit in den November hinein. Unser Schnappschuss von der Burg Kriebstein, Sachsens schönster Ritterburg, wurde am 24. Oktober dieses Jahres gemacht. Die Geschichte der imposanten Ringburg auf steilem Felsen über der Zschopau beginnt im ausgehenden 14. Jahrhundert. Ihren Kern bildet das Museum mit einer umfangreichen Dauerausstellung. Höhepunkte dabei sind der monumentale Wohnturm vom tiefen Keller bis in die mittelalterlichen Dachgeschossetagen und die Burgkapelle mit wertvollen Malereien um 1410. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Ausgabe finden sich in den untenstehenden Titelthemen. Auch DIE LINKE ist auf der Suche nach überzeugenden Antworten auf die Frage, wie es mit der Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa weitergehen soll. Ein Thema, was den Kreisparteitag vom 7. November und die Diskussion in Foren der LINKEN bestimmt.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Mit Blick bis Herbst 2017:

Der Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN vom 7. November

2. Eine kritische Analyse:

Fraktion veranstaltet Debatte zum geplanten neuen sächsischen Bildungsgesetz

3. Eine sich zuspitzende Debatte:

Standpunkte der mittelsächsischen LINKEN in der Flüchtlingsfrage

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & fest der kulturen in freiberg
- 4/5 **titelthema 1: der parteitag des kreisverbandes der linken**
- 6 **titelthema 2: bildungspolitische angebote der linken im landtag**
- 7 leserbrief zur rolle der linksparlei in der gesellschaft
- 8 **titelthema 3: flüchtlingsfrage**
- 9 unsere landtagsabgeordneten aktuell
- 10 serie zur politischen bildung: beitrag -4- zur rolle der kommunistischen internationale (komintern)
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage dezember 2015
- 12 termine & trauer &

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 8. Dezember 2015. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 2. Dezember. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2015.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 ist auf der Zielgerade. Da Deutschland ab Mitte Dezember im wesentlichen mit der Vorbereitung von Weihnachten und Jahreswechsel beschäftigt ist, haben wir uns entschlossen, den Erscheinungstermin unserer Dezember-Ausgabe (Die Jubiläums-Nr. 100) um eine Woche auf den 8. Dezember vorzuziehen.

Politischer Höhepunkt seit Erscheinen unseres Oktoberheftes war der Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN, der am 7. November in Flöha stattfand. Wir berichten auf den Seiten -4- und -5- ausführlich in Wort und Bild. Zwei Themen zogen sich wie ein roter Faden durch den Parteitag: Die Strategie der LINKEN in Sachsen und Mittelsachsen nach den ernüchternden Wahlergebnissen der Jahre 2014 und 2015 sowie das immer mehr ausufernde Asyl- und Flüchtlingsproblem. Als kommunalpolitischer Schwerpunkt erweisen sich die Bemühungen wenigstens um den teilweisen Erhalt des Krankenhaus-Standortes Rochlitz. Der Kreisparteitag wählte u.a. einen neuen Kreisvorstand und die Delegierten des Kreisverbandes zum Bundesparteitag.

Die aktuelle Diskussion um die Migration bestimmt auch unsere heutige Ausgabe. Eine bemerkenswerte Tradition in Freiberg ist dabei das alljährliche „Fest der Kulturen“, welches in diesem Jahr seine 13. Auflage erlebte. Ende Oktober fanden in Siebenlehn und Altgeringswalde zwei Veranstaltungen mit der Landtagsabgeordneten der LINKEN, **Juliane Nagel**, zur Flüchtlingsproblematik statt. Wir berichten auf Seite -8- von beiden. Aus der Sicht der Kreistagsfraktion der LINKEN informieren wir über die in unserem Oktoberheft angekündigte Diskussionsrunde mit der Landtagsabgeordneten **Cornelia Falken**. Dabei ging es vor allem um ein neues Schulgesetz, welches die sächsische Staatsregierung auf den Weg bringen will. DIE LINKE ist dabei, ihre Positionen zur künftigen Schulpolitik in Sachsen in Eckpunkten zu formulieren. Diese sollen nach breiter Diskussion mit der Lehrergewerkschaft, mit Schüler- und Elternvertretern in das neue Schulgesetz eingebracht werden. Unsere Serie zur politischen Bildung und Information nimmt Fahrt auf. Zum Beitrag von **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle gab es eine interessante Replik von **Peter Pöschmann** aus Döbeln, die wir in dieser Ausgabe auf Seite -7- veröffentlichen. In unserem heutigen vierten Beitrag der Serie beleuchtet unser Redaktionsmitglied **Achim Grunke** aus Freiberg die Geschichte der Kommunistischen Internationale (Komintern), deren letzter Weltkongress vor 80 Jahren, im Sommer 1939 in Moskau zusammentrat. Unseren Leserinnen und Lesern eine anregende und interessante Lektüre!

volker holuscha, kreis- und landesparteitag - kommt jetzt der erforderliche aufbruch?

von Michael Matthes

Ohne Wertungen zu vergeben, gestehe ich, dass mir die Wahl unseres Genossen Volker Haluscha zum Oberbürgermeister von Flöha als das gravierende Ereignis im Kreisverband DerLinken in Mittelsachsen erscheint. Sicher hat der Einsatz der Genossinnen und Genossen im Wahlkampf in Flöha die entscheidenden Prozentpunkte über die Hälfte hinaus gebracht. Doch ohne die Ausstrahlung der Persönlichkeit von Volker wäre ein Wahlergebnis in der Nähe der fünfzig Prozent undenkbar gewesen. Hier hat alles gestimmt. Volker ist seit Jahren den Bürgern bekannt. Er ist der Mann des Volkes. Doch nach der Wahl ist vor der Wahl. In sieben Jahren, wenn es um die Wiederwahl als Oberbürgermeister geht, wird eine andere Elle angelegt werden. Volker wird nun von allen Bürgerinnen und Bürgern Flöhas geprüft werden, ob er ein guter Oberbürgermeister war und nicht nur, ob er ein guter Oberbürgermeister sein könnte. Ich meine, da wird es darauf ankommen, welche inhaltlichen Konzepte ihm die Partei DieLinke, und zwar an der Bürgerbasis erprobt, bereitstellt. Und ganz sicher spielt die Flüchtlingsproblematik noch lange eine entscheidende Rolle. Ich bin selbst als Gemeinderat von Halsbrücke mittendrin. Von der Bundes- und der Landesebene unserer Partei kommt für den „Mandatsträger“ wenig Wertbares. In der KOLUMNE habe ich dargelegt, wie konkret es vor Ort zugeht. Das betrifft Volker mit Sicherheit in noch viel größerem Maße. CDU, SPD und Andere fabrizieren nur Stuss, den sie sicher auch im Flöhaer Stadtrat ausbreiten. Das wird die Linksfraktion, die ja keine Mehrheit im Stadtrat hat, in Bezug auf die politischen Inhalte der Kommunalpolitik beträchtlich fordern. Sich dafür zu wappnen, dürfte für den Kreisverband mehr Anstrengungen als bisher erfordern.

Der Landesparteitag in Neukieritzsch hat, für viele unbemerkt, eine Wende im Landesverband eingeleitet. Trotz mancher Ungeheimheiten kristallisierte sich, von einer Mehrheit der Delegierten getragen, der Standpunkt heraus, dass es eines Aufbruchs im Landesverband und keines Weiterso bedarf. Das dies ohne die bisher unvermeidlich scheinenden Querelen abließ, ist ein bemerkenswertes und ein schönes Novum. Deutlich wird der Trend, wenn man sich die Zusammensetzung des neugewählten Vorstandes ansieht. Jörg Wunderlich, so ein Bisschen zu unserem Kreisverband gehörig, bewirbt sich (leider) erst am Montag vor dem Parteitag um die „Stelle“ als Stellvertreter. Ganze drei Stimmen fehlten Jörg zum Wahlsieg. Aber umso sicherer kam er in den Vorstand. Jana hingegen erlebte einen Durchmarsch. Nun ist sie nicht nur Stellvertreterin beim Fraktionsvorsitz sondern auch beim Landesvorsitz. Und die Perspektive dürfte allen offensichtlich sein. Dem allen muss der Kreisverband gerecht werden. Die inhaltliche Diskussion um linke Politik muss Dreh- und Angelpunkt an unserer Mitgliederbasis werden. Daran wird auch unser neuer Vorstand zu messen sein.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Als Ratsmitglied hat man sich dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger seiner Gemeinde verpflichtet. So lautet der Wählerauftrag. Der Auftrag ist auch bindend dahingehend, dass man als gewählter Gemeinderat keine „Weisungen“ entgegennimmt. Da sei das Recht auf Kommunale Selbstverwaltung vor. Nun geht es um Flüchtlinge, die auch in dieser Gemeinde aufgenommen werden müssen. Und nun schließt die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger auch diese Menschen, die da kommen sollen, ein. Man sieht die nationalen Egoismen auf der Ebene der Europäischen Union. Man sieht den Kontrollverlust an den Grenzen des Landes und im Lande. Flüchtlinge tauchen auf und unter. Man weiß nicht, wer da kommt und was er mit sich führt. Der öffentliche Dienst agiert nach Regeln und Gesetzen, die der Situation weithin nicht gerecht werden. Nur Verantwortung trägt niemand für den Einzelfall. Der betrifft aber nun uns, die Gemeinderäte.

Zum Glück ist Humanität ganz Wenigen abhandengekommen. Viele sind bereit, die Herausforderung anzunehmen. Die allermeisten warten ab. Welche Haltung nimmt man als Gemeinderat ein? Auf alle Fälle die, dass nichts an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei erzwungen wird. Solange man bei den Einwohnern um das Mittun mit Überzeugungskraft wirbt und auf diese Weise dem machbaren Ziel nahekommt, kann man sich die berühmte „Einsicht in die Notwendigkeit“ sparen. Schafft man im Voraus agierend einige nachahmenswerte Beispiele, wird das manchem jetzt Abwartenden die Furcht nehmen. Einige Mitbürger sehen das schon jetzt so. Also sprechen wir und ermitteln die Erwartungen dieser Bürger. Die Gesprächsrunde existiert schon. Erweitert werden muss sie um in dieser Sache interessierte Bürger.

Der Gemeinderat hat die Verantwortung, die Angelegenheit mit den „zuständigen Behörden“ dahingehend zu regeln, dass die passenden Personen nach Prioritäten der Hilfsbedürftigkeit gefunden werden. Gegebenenfalls muss der Gemeinderat Druck machen, damit wird, was werden muss. Bereitschaften zur Betreuung der Ankömmlinge sind zu ermitteln. Deutsch lernen und die Gepflogenheiten unseres Landes kennen und einhalten lernen, sind die ersten Aktivitäten. Und auch Vorkehrungen treffen, dass unsere Regeln eingehalten werden. Und dann werden wir die sicher nicht ausbleibenden Anfangserfolge ausbauen und die Pannen und Fehlentwicklungen korrigieren. Machen wir es so, können wir uns alle zusammen noch in die Augen sehen. (mm)

im freiberger „tivoli“ traf sich am 8. november die welt

von Kerstin Ufer

Als Höhepunkt der interkulturellen Wochen 2015 trafen sich Menschen von drei Kontinenten am 8. November im Freiburger Tivoli zum 13. „Fest der Kulturen“. Die multikulturelle Veranstaltung, die vom Verein Agenda 21 in Zusammenarbeit mit zahlreichen weiteren Vereinen der Bergstadt organisiert wurde, fand in diesem Jahr erstmals im „Tivoli“ statt – eine gute Entscheidung. Das bunte Fest spiegelte in beeindruckender Weise wider, dass Freiberg doch eine weltoffene und tolerante Stadt ist, in der

Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Religionen und Kulturen gemeinsam leben, studieren und willkommen sind. Auf der Bühne sorgten Kulturgruppen aus Europa, Afrika und Asien für ein abwechslungsreiches Programm. Persische Lieder, vietnamesische und türkische Tänze sowie afrikanische Trommelklänge wechselten sich ab mit russischen, mongolischen, indischen und chinesischen Volksweisen. StudentInnen, AsylbewerberInnen und BürgerInnen unserer Stadt nutzen die Gelegenheit, um sich kennenzulernen, miteinander ins Gespräch zu kommen und miteinander zu feiern. Ausländische StudentInnen und Migrantenfamilien begeisterten am Abend zudem mit kulinarischen Spezialitäten aus aller Welt.



Impressionen vom „Fest der Kulturen“ am 8. November in Freiberg

Mehrere Hundert Menschen aus aller Welt feierten gemeinsam (Bild oben). Am Bastelstand von **Hannelore Lohse** herrschte reges Treiben. Unterstützung bekamen die Kinder auch vom zukünftigen Bürgerpreisträger **Volker Träger** (unten links). Die junge ukrainische Sängerin **Kateryna Grytsaichuk** begeisterte auch in diesem Jahr das Publikum mit einem eindrucksvollen Gesangsbeitrag. (unten rechts).

wir berichten vom kreisparteitag der mittelsächsischen linken am 7. november in flöha



Blick in den Tagungssaal des Kreisparteitages. Er fand im würdig gestalteten Stadt-saal der Stadt Flöha im „Wasserbau“ der Alten Baumwolle statt. 1989 waren hier, am Stammsitz des VEB Vereinigte Baumwollspinnereien und Zwirnereien Flöha, ca. 1.200 Menschen beschäftigt. Auf dem weitläufigen Gelände soll das neue Stadtzentrum von Flöha entstehen. Wasserbau und KiTa „Baumwollzwerge“ bilden den Anfang.



Sieben neue Mitstreiter fanden in den vergangenen Wochen den Weg in DIE LINKE. **Eyk Fechner** aus Waldheim, **Marcel Dönicke** aus Freiberg, **Jürgen Schulze** aus Brand-Erbisdorf und **Eckhardt Feldten** aus Flöha (v.li.) nahmen die Glückwünsche von Dr. Jana Pinka und Falk Neubert persönlich entgegen.



Mit großem Dank für die geleistete Arbeit wurden von Dr. Jana Pinka und Falk Neubert aus dem Kreisvorstand verabschiedet: **Jana Rathke** aus Döbeln, **Ute Rehnert** aus Halsbrücke/OT Falkenberg und **Lothar Schmidt** aus Döbeln.

Parteitage sind Höhepunkte im Leben eines Kreisverbandes. Sie sollen Optimismus verbreiten und in die Zukunft weisen. Für beides gab es Ansatzpunkte; aber auch einiges, was zum Nachdenken anregen muss. Fangen wir mit meinen positiven Eindrücken an. Sie beziehen sich vor allem auf die auf dem Parteitag gehaltenen Reden. Eröffnet wurde der Parteitag durch **Volker Holuscha**, dem LINKEN,



der kürzlich zum Oberbürgermeister von Flöha gewählt wurde. Das hat es - zumindest was den Vorsatz Ober- betrifft - in Mittelsachsen noch nicht gegeben. Er rüttelte die Versammlung mit seinem Bekenntnis zu den ankommenden Flüchtlingen auf, machte aber auch vor den Problemen nicht halt, vor welche die Kommunen gestellt sind. Eine von der Versammlung initiierte Sammlung für die Integration von Asylsuchenden in Flöha erbrachte beachtliche 460 Euro. Ihm schloss sich aus der Führungsriege der sächsischen LINKEN **Sebastian Scheel** an, seines Zei-



chens finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. In seiner Rede befasste er sich mit dem Thema „25 Jahre Druck von Links“. Besonderen Applaus erhielt er für die Forderung, endlich wieder Waffen zu Pflugscharen zu machen. Als nächste sprach **Jana Pinka**, die vom Landesparteitag der säch-



sischen LINKEN im September zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde. Sie ließ größere Passagen ihrer vorbereiteten Rede zur Auswertung des Landesparteitages weg, um sich mit der Frage auseinander zu setzen, wie wir den Menschen mit seinen Sorten und Nöten stärker in den Mittelpunkt unseres Tuns stellen können. Es schloss sich die Rede des Kreisvorsitzenden **Falk Neubert** an, mit



der er nochmals auf die Wahlkämpfe der vergangenen beiden Jahre einging und der Asyldiskussion auch in Mittelsachsen eine völlig neue Dimension beimaß. Es gehe auch um eine neue Dimension unseres Verständnisses von Demokratie.

Am Nachmittag - nach Abschluss der verschiedenen Wahlgänge - gab es eine detaillierte Analyse der Arbeit der Fraktion der LINKEN im Kreistag durch den Fraktionsvorsitzenden **Gottfried Jubelt**.



mit notizblock und kamera dabei: hans weiske



Der vom Kreisparteitag neu gewählte Kreisvorstand

Von links nach rechts (in Klammern der jeweilige Ortsverband, aus dem die Genossinnen und Genossen kommen) **Marina Morgenstern** (Flöha), **Angelika Schubert** (Brand-Erbisdorf), **Kerstin Saupe** (Döbeln), **Heidemarie Erler** (Rochlitz), der **Kreisvorsitzende Falk Neubert** (Mittweida), die **stellvertretende Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta** (Roßwein), **Arndt Scharfenstein** (Brand-Erbisdorf), der **Schatzmeister Hans Weiske** (Flöha) und der **stellvertretende Kreisvorsitzende Uwe Fankhänel**. Nicht auf dem Bild **Andrea Däumler**, **David Rausch** und **Robert Sobolewski** (alle drei Rochlitz-Geringswalde).

Weiterhin wählte der Kreisparteitag die Delegierten des Kreisverbandes zu den Tagungen des nächsten Bundesparteitages. Gewählt wurden **Ute Rehnert** (Freiberg), **Angelika Schubert**, **Marika Tändler-Walenta**, **Kay Hanisch** (Döbeln), **Hans-Jürgen Kühn** (Flöha) sowie **Falk Neubert**.

Gewählt wurden vom Parteitag auch die Mitglieder der Finanzrevisionskommission und die Delegierten zur Landes-seniorenkonferenz.

Inhalte

Aus der Kurzcharakterisierung der auf dem Parteitag gehaltenen Reden geht bereits hervor, dass die **Asyl- und Flüchtlingsfrage** im Mittelpunkt stand. Insbesondere durch die sehr konkrete Analyse, die Oberbürgermeister Volker Holuscha am Beispiel der Stadt Flöha (11.000 Einwohner, was nach dem aktuellen kreislichen Schlüssel die Aufnahme von 198 Asylsuchenden bedeutet) gab, wurde vielen Anwesenden klar, was das im Detail für die mittelsächsischen Kommunen bedeutet. Dabei sei von den Erstaufnahme-Einrichtungen noch nicht einmal die Rede gewesen. Eine wichtige Rolle spielte die vor allem von Reinhard Kluge (Rechenberg-Bienenmühle), Falk Neubert und Jana Pinka angesprochene **Strategiedebatte in der sächsischen LINKEN**. Bedauerlich sei es, dass es nicht gelungen ist, vor dem Landesparteitag

die Strategie des Landesverbandes in einem griffigen Dokument zu bündeln. Wer sich orientieren will, habe es mit drei Dokumenten zu tun. Was **kommunale Fragen** anbetrifft, spielte auch hier die Asylproblematik eine Rolle. Gottfried Jubelt betonte, dass die Förderrichtlinie Ost mit dem Rückbau von Wohngebäuden weg muss und das Streben der Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung Freiberg (GSQ) nach einem Monopol bei der Flüchtlingsbetreuung im Landkreis Mittelsachsen gebrochen werden müsse. Durch Gisela Exner (Rochlitz) wurde vehement die **Situation des Krankenhauses Rochlitz** angesprochen, dem nach dreijährigen Kampf um die Erhaltung jetzt die Stationsschließung drohe. Jubelt bemerkte in der Diskussion und in seiner Rede dazu, dass die Fraktion sich bemühe, an einer Lösung mitzuwirken. Das Grundproblem seien fehlende Ärzte am Klinikstandort Rochlitz.

Probleme

Das gravierendste Problem wurden am **Bericht der Mandatsprüfungskommission** deutlich. Von den 624 eingeladenen Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes nahmen 98 an den Beratungen des Parteitages teil (Zum Vergleich: im Jahr der Gründung des mittelsächsischen Kreisverbandes waren in Döbeln, Freiberg und Mittweida über 900 Mitglieder der LINKEN registriert). Das hat sowohl Auswirkungen auf die Präsenz der Partei in der Fläche (die „weißen Felder“ nehmen zu), als auch auf die Beitragseinnahmen, aus denen sich die politische Arbeit im wesentlichen speist. Damit verbunden ist die demografische Situation. Auch dazu eine Zahl. An der Wahl der Delegierten zur Landesseniorenkonferenz durften 78 (entspricht 80 Prozent) der Anwesenden teilnehmen, weil sie über 60 Jahre alt waren.

von Marika Tändler-Walenta

Der Parteivorstand tagte am 25. Oktober. Zunächst ging es um die Situation in der Türkei, zudem fand eine kurze Auswertung der Anti-TTIP Proteste in Berlin statt. Im Rahmen der Strategiedebatte auf unterschiedlichen Ebenen der Partei, hat uns Steffen Kwardowski aus der Bundestagsfraktion Trends & Stimmungen dargelegt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Pegida als Partei ca. 9 % Wählerstimmenpotenzial hat, wovon ca. die Hälfte jetzige AfD WählerInnen wären. Zudem zeigte er auf, dass die AfD ca. 1-2 % je Woche hinzugewinnt und im Gegenzug die CDU 1-2 % verliert.

Die CDU/CSU war zuletzt im Dezember 2011 in den Umfragerwerten so schwach, allerdings schwach auf hohem Niveau. Für uns eine zentrale Frage lautet, was passiert mit den NichtwählerInnen und Unentschlossenen? Dadurch, dass die Stammwählerschaft bei allen Parteien abnimmt, steigt die Gruppe der NichtwählerInnen und Unentschlossenen. Wann und wofür werden diese ihre Wahlabsicht treffen.

Bei der AfD werden Antworten artikuliert, welche vor allem rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Positionen zugrunde liegen. Mit dem Ausspruch „Wir schaffen das“ von Angela Merkel wird keine klare Antwort verbunden. Auch die Frage: „Was ist Willkommenskultur?“ bleibt unbeantwortet.

Für DIE LINKE heißt das, dass wir konkrete Antworten formulieren müssen. Eine Möglichkeit wäre das „Einwanderungsermöglichungsgesetz“ (dazu mehr in der nächsten Ausgabe) oder auch die von den Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger vorgeschlagene Fluchtumlage auf europäischer Ebene. Dabei müssen wir klare Konzepte benennen, wie z.B. der Beschluss der Landtagsfraktion „Zentrale Handlungsfelder der Fraktion Die LINKE im Sächsischen Landtag für eine weltoffene, tolerante und nachhaltige Flüchtlingspolitik in Sachsen“ oder auch das Papier von Rico Gebhardt „Sachsen und die Fluchtbewegung – auch DIE LINKE muss die Frage beantworten können: ‚Wo führt das alles hin?‘“.

Dabei zeigt sich, dass DIE LINKE im Osten über ein Realpotenzial von 32 Prozent (trotz Stammwählerrückgang) verfügt, wobei Sachsen die extreme Ausnahme darstellt. Zu ergründen bleibt an dieser Stelle, warum.

im disput zu bildungspolitischen angeboten der sächsischen linken für ein

von Sabine Lauterbach, Kreisrätin

Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten **Cornelia Falken** hatte die Kreistagsfraktion zu einer Diskussionsrunde zum geplanten neuen sächsischen Schulgesetz eingeladen. An dieser Runde nahmen auch Vertreter der Lehrgewerkschaft, der Schülervertreter und der Elternvertreter teil. Getagt wurde am 28. Oktober im Freiburger Hotel Regenbogenhaus. Es waren leider nicht übermäßig viele Teilnehmer anwesend. Aber die Gäste, die unserer Einladung folgten, wirkten sehr konstruktiv an der Diskussion mit.

Zur Thematik

Die sächsische Staatsregierung plant ein neues Schulgesetz. Das derzeit gültige Gesetz ist aus dem Jahr 2004. In den letzten Jahren wurde dieses in mehreren Punkten durch übergeordnete Gesetze und deren richterliche Urteile eingeschränkt. So gab es zum Beispiel ein Urteil zur **Lernmittelfreiheit**. Dadurch müssen die Schulträger die Kosten für Arbeitsblätter, Kopien etc. tragen. Wir unterstützen die Lernmittelfreiheit natürlich konsequent. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil die **Schulnetzplanung** im Freistaat für teilweise verfassungswidrig erklärt. Denn mit diesen Vorschriften werde das Selbstverwal-

macht und plant nun, Eckpunkte für ein neues Schulgesetz zu setzen. Grundlage dieser Eckpunkte ist die öffentliche Diskussion in allen sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten wie beispielsweise in dieser Podiumsdiskussion.

Folgende Eckpunkte sollen gesetzt und mit Inhalt gefüllt werden:

- Rhythmiserte, verbindliche Ganztageschule als Gemeinschaftsschule / längeres gemeinsames Lernen
- Bildungsziele, Lernmittelfreiheit
- Schulnetzplanung, Schulen im ländlichen Raum
- Schülerbeförderung
- Zweiter Bildungsweg an Volkshochschulen
- Jahrgangsübergreifender Unter-

de Probleme genannt, welche einer dringenden Verbesserung bedürfen:

- Zu lange Fahrzeiten für Kinder im ländlichen Raum.
- Durch Lehrermangel sind die Mindestzahlen für Neigungskurse etc. so hoch, dass nur unzureichend auf die Bedürfnisse der Schüler eingegangen wird.
- Da das Durchschnittsalter der Lehrer sehr hoch ist, gibt es große Probleme in einigen Dingen wie z.B. der Aufklärung.
- Bei vielen Lehrern technisches Unverständnis. Die Lehrer sind nicht in der Lage die vorgehaltene Technik zu bedienen.
- Die Berufsberatung wurde als nicht ausreichend betrachtet. Zu-



Podiumsgäste waren:

Cornelia Falken - Mitglied des sächsischen Landtages und Sprecherin für Bildungspolitik

Peter Lorenz - Vorsitzender Kreiselternterrat Mittelsachsen und Landeselternterrat Sachsen

Ulli Stirl - Berufsschullehrer und Kreisvorstand der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft)

Sophie Marx - stellv. Schülerrätin Mittelsachsen

Gottfried Jubelt - Fraktionsvorsitzender Kreistagsfraktion

tungsrecht der kreisangehörigen Gemeinden nicht ausreichend berücksichtigt. Die Unterhaltung von Schulen, die ausschließlich der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht dienen, gehören zum historisch gewachsenen Aufgabenbereich der Kommunen. Eine Schulnetzplanung auf Kreisebene für Grund- und Hauptschulen sei mit dem Grundgesetz nur dann vereinbar, wenn sie den kreisangehörigen Gemeinden ein wirksames Mitspracherecht einräume.

Die LINKE Landtagsfraktion hat in der Vergangenheit immer wieder auf die Missstände aufmerksam ge-

richt / Schulverbände

- Mitwirkung / Mitbestimmung
- Schulsozialarbeit / Schulpsychologen
- Integration / Inklusion
- Individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern
- Flüchtlingen / Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
- Eigenverantwortung von Schulen z.B.: Schulbudget
- Mittelschule / Oberschule
- Klassenstärken, Religionsunterricht, Medienkompetenz

Die Schülervertreter haben folgen-

dem gibt es zu wenig Praktikumszeiten für Gymnasiasten.

- Es wird mehr Prävention gefordert. z.B. Drogen, Flüchtlinge...

Der Vertreter der Lehrgewerkschaft hat auf folgende Probleme aufmerksam gemacht:

- Lehrermangel, zu wenig Lehrer, zu viele krankheitsbedingte Ausfälle.
- Der Altersdurchschnitt der Lehrer ist zu hoch, dadurch nicht mehr die Leistungsfähigkeit wie bei jungen Lehrern. Gerade ältere Lehrer sind nicht bereit von

ein neues bildungsgesetz

Teilzeit in Vollzeit zu gehen.

- Die Vor- und Nachbereitungszeiten der Stunden sowie Verwaltungstätigkeiten sind unangemessen hoch und müssen reduziert werden.
- Das KULTUS-Ministerium plant die Übernahme der Berufsschulen. Dies wird negativ gesehen, weil dadurch Berufsausbildungen immer mehr zentralisiert werden und die kleineren Berufsschulen im ländlichen Raum ausbluten.

Der Kreiselternrat hat folgende Stellung bezogen:

- Er fordert eine Art „Bildungsbudget“ in Höhe von ca. 10 € mtl. Davon soll unter anderem die Schülerbeförderung finanziert werden.
- Die Schulen sollten selbst bestimmen, wie sie arbeiten wollen. Das betrifft die Inklusion genauso wie die Ganztagesbetreuung und viele andere schulische Belange.
- Die Schülerbeförderung muss sich nach der Schule und den Schülern richten und nicht umgekehrt. Derzeit können Schüler nicht an Ganztagesangeboten teilnehmen, weil der Schulbus dies nicht zulässt. Es darf nicht sein, dass die Kinder eine Schule wählen müssen, nur weil für die die Schülerbeförderung besser ist als für andere Schulen.

Die Kreistagsfraktion hat zur Thematik der Schülerbeförderung informiert:

- Die Aufgaben der Schülerbeförderung wurden seinerzeit in einem Kreistagsbeschluss an den ZVMS übertragen. Unsere Fraktion hat dem NICHT zugestimmt. Wir haben damals schon die Probleme gesehen, die wir jetzt haben. Es gibt zwar eine Arbeitsgruppe Schülerbeförderung beim ZVWS. Eine Kostenkontrolle durch den Kreistag ist jedoch nicht möglich.
- Die Fraktion hat jährlich wenn es um das Thema Elternanteil der Schülerbeförderungskosten ging einen Antrag gestellt. Entweder diesen zu erlassen oder schrittweise abzubauen. Da wir nicht die erforderliche Mehrheit im Parlament haben, konnten wir uns nicht durchsetzen.

Aus den Reihen der Gäste kamen auch einige gute Anregungen:

- Der Einsatz von „Nichtpädagogen“ als Lehrer wie es derzeit praktiziert wird hat Vor- und auch Nachteile. Sicherlich fehlen pädagogische Grundlagen. Jedoch verfügen gerade solche Menschen über mehr Nähe zu den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen. Zudem ist diesen der Umgang mit der Technik wesentlich vertrauter.
- Die Mindestschülerzahl bei gleichzeitiger Aussetzung der oberen Grenze stößt auf keinerlei Akzeptanz weder bei Schülern noch bei Lehrern.
- Das Modell des Jahrgangsübergreifenden Unterrichts sollte gerade bei der Unter-

Den Artikel „Linke in bürgerlichen Regierungen, ja oder nein“ von **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle in unserem Oktoberheft nahm unser Leser **Peter Pöschmann** aus Döbeln zum Anlass, uns folgenden Leserbrief (besser gesagt, eine Leser-eMail) zuzusenden. Im folgenden seine Überlegungen im Wortlaut. Die Hervorhebungen nahm die Redaktion vor.

Liebe Redaktion,

Genosse Kluge hat eine hochbrisante aktuelle Thematik angeschnitten, nämlich **Sein oder Nichtsein der LINKEN in Deutschland**.

Ich sehe die Lage so, daß die LINKE sowohl in den Mitgliederzahlen, als auch in der Wählergunst stagniert und demographisch rückläufig ist, obwohl es in der Bevölkerung brodelnd, Parteien aus dem Nichts auf 10 % schnellen und der Ruf „Wir sind das Volk“ permanent auf den Straßen und Plätzen der Städte schallt. Aber die LINKEN profitieren nicht davon.

Warum ist das so ?

Wir denken, wir „sind von einer revolutionären Situation weit entfernt“ und müssen uns Verbündete suchen, um in einer Koalition links von der CDU/CSU Regierungsverantwortung zu übernehmen. Welche Krisen brauchen wir denn noch, um die herrschende Klasse und ihre „Volksvertreter“ zu entlarven ? Wir haben eine permanente Finanzkrise, eine unübersehbare Krise der EU, die Griechenlandkrise, eine brisante Flüchtlingskrise, die Ukrainekrise mit einem latenten Bürgerkrieg vor der Haustür Europas, eine Krise in der Autoindustrie, eine Krise des Profisports usw. Der parasitäre Charakter der herrschenden Eliten ist offensichtlich. Wir haben genug Munition „um das Feuer zu eröffnen.“

Bei der jetzigen Politik der Linken werden wir praktisch Juniorpartner der SPD gemeinsam mit den Grünen, die ihre Unschuld als Friedenspartei schon lange verloren haben. Deshalb werden wir als sozialistische Alternative im Volk nicht wargenommen.

Bezeichnete man die SPD als „den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“, könnte die LINKE bei ihrer jetzigen Strategie der Apotheker werden, der nach den Rezept des „Arztes“ die Mixtur bereitstellt, die der Kapitalismus zum Überleben braucht. Wir aber sind die Vertreter des Volkes,

schreitung der Klassengrößen im ländlichen Raum ein geeignetes Instrument sein. Das dies praktisch funktioniert wurde in der Diskussion festgestellt. Allerdings müssen die Lehrer entsprechend geschult sein.

Cornelia Falken hat abschließend angeboten, dass im Frühjahr 2016 nachdem der Referatsentwurf öffentlich ist, noch einmal mit interessierten eine Diskussionsrunde veranstaltet wird, um konkrete Maßnahmen zu benennen.

nämlich des Prekariats, der Armen, des Mittelstandes. Das ist ein Potenzial von vielleicht 30 Millionen Menschen, das müssen wir erschliessen!

Aber wie ?

Wir sind eine konsequente Oppositionspartei !

Durch eine schonungslose und aggressive Argumentation in der Öffentlichkeit den parasitären und faulenden Charakter des Imperialismus entlarven. Das TTIP z.B. ist eine Kriegsgefahr, weil es die soziale Widersprüche in Europa und der Welt vertieft.

Unsere Politik ist Friedenspolitik und damit anti-amerikanisch. Der amerikanische Imperialismus ist als Kriegsverbrecher und Völkermörder zu kennzeichnen (z. B. Hirohima, Nagasaki, Vietnam) Die Globalisierung ist eine ständige Kriegsgefahr. Keine Atombomben und Militärstützpunkte auf deutschen Boden. (Ramstein)

Unser Ziel ist die „Freiheit des Einzelnen“ (Karl Marx) durch ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ Schritt für Schritt zu sichern.

Die Linke ist eine solidarische Partei. Die Flüchtlingsströme sind in ihrer Entstehung zu stoppen, das heißt, antiimperialistische Aggressionspolitik und Weltmachtstreben überall anzuprangern, die Unterstützung für getarnte Kriegseinsätze verweigern.(sog. Friedensmissionen und Waffenexporte)

Man unterscheide: Das Volk ist keine parlamentarische Versammlung, man muss ein kräftiges Wort sprechen, dem „Volk aufs Maul Schauen“.

Weitere Angriffspunkte sind:

- Die Verfassung, das Grundgesetz von 1949, entspricht nicht mehr der politischen Wirklichkeit
- Die Bildungspolitik - Schulreform
- Öffentliche Sicherheit - gegen flächendeckende Kriminalität - das Geschäft mit der Angst unterbinden
- Gesundheitsreform- gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens

Es ist zwar schön, als Oppositionsführer den Beifall des Parlamentes zu quittieren, aber in der Mobilisierung der Massen bringt das uns keinen Schritt weiter.

Man muß den Staat als das kennzeichnen, was er ist:

Aber der Staat lügt in allen seinen Zungen, des Guten und Bösen - was er auch redet, er lügt, und was er auch hat, gestohlen hat er 's.

(Friedrich Nietzsche, 1844 - 1900, deutscher Philosoph)

die flüchtlingsfrage rückt immer mehr in den mittelpunkt

In der Flüchtlingsfrage herrscht das blanke Chaos. Die Europäische Union und auch die Bundesrepublik Deutschland, der von der Ratspräsidentschaft der EU eine Führungsrolle in Europa abverlangt wird, geben ein trauriges Bild ab. Der Flüchtlingsstrom ist ungebrochen, die vereinbarte Umverteilung eine Farce. Die wirkliche Zahl der ankommenden Flüchtlinge wird unter dem Teppich gehalten. Noch immer wird offiziell von der Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgegangen, derzufolge für dieses Jahr in der BRD ein Zustrom von 800.000 Asylbewerbern erwartet wird. (Unter der Hand spricht man aber über bis zu 1,5 Millionen Menschen, die bis Jahresende kommen werden).

Sachsen hätte nach dem „Königsteiner Schlüssel“ demzufolge in diesem Jahr 40.800 Flüchtlinge aufzunehmen. Momentan ist eine durchschnittliche Zugangsrate von ca. 500 Flüchtlingen pro Tag zu verzeichnen. Die in Sachsen inzwischen geschaffenen Erstaufnahme-Kapazitäten von 16.000 Plätzen sind ausgelastet. Noch in unserer August-Ausgabe schrieben wir, dass „in Kürze mehr als 7.000 Plätze benötigt werden dürften“.

Der Landkreis Mittelsachsen bleibt vorerst bei der Zahl von aktuell „rund 2.000 Flüchtlingen mit steigender Tendenz“. und rechnet mit 6.000 Flüchtlingen bis Ende des kommenden Jahres. Wie gesagt, vom Bund über die Länder bis in die Landkreise, Städte und Gemeinden: Alles auf der Basis längst überholter Prognosen!

Die CDU scheint sich von der Kanzlerin abzuwenden, wenn diese nicht endlich einlenkt und ihr „Wir schaffen das“ aufgibt. Die SPD schwankt wie eine Erle im Sturm, welchen die AfD als Aufwind nutzt und in der Wählergunst erstmals zweistellig wird.

Und DIE LINKE? Sie wird in der Flüchtlingsfrage relativ wenig wahrgenommen. **Am 9. November haben Katja Kipping und Bernd Riexinger versucht, mit einem Positionspapier unter der Überschrift „Flucht-Umlage und europäische Investitionsoffensive“ eine solidarische Antwort auf die Flüchtlingsfrage zu geben.** Das Papier ist im Internet veröffentlicht. Seine beiden wichtigsten Lösungsansätze sind aus der Überschrift abzulesen. Wir wollen unter unserem dritten Titelthema einen Überblick geben, wie sich DIE LINKE in Mittelsachsen mit der Flüchtlingsfrage beschäftigt. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf unsere Berichterstattung vom Kreisparteitag auf den Seiten -4- und -5-.



flüchtlingspolitik im brennpunkt der beratung

Am 21. Oktober waren die Orts- und Basisgruppenvorsitzenden sowie Abgeordnete der LINKEN zu einer Podiumsdiskussion mit der Landtagsabgeordneten **Juliane Nagel** (oben), Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik, nach Siebenlehn eingeladen. Juliane ist vor allem dadurch bekannt geworden, dass sie - ziemlich überraschend - im vergangenen Jahr in Leipzig für DIE LINKE ein Direktmandat in den Sächsischen Landtag eroberte. Juliane Nagel wartete mit den aktuellen Zahlen des Flüchtlingszustroms in Sachsen auf und erläuterte die entsprechenden Förderrichtlinien des Freistaates. Vorn und hinten fehle es allerdings an Geld. Das bestätigten die Mitglieder der Kreistagsfraktion **David Rausch** aus Geringswalde (mitte) und **Peter Krause** aus Roßwein (unten) in der lebhaften Diskussion. Peter Krause stellte als stellvertretender Bürgermeister von Roßwein die komplizierte Situation an der kommunalen Basis dar. (hw)

refugees welcome! aber wie?

von Robert Sobolewski

Unter dem oben stehenden Motto fand am 22. Oktober 2015 eine Veranstaltung im Altgeringswalder Begegnungszentrum statt. Sie war eigentlich als gemeinsame

ca. 60 Menschen brechend voll (siehe unser Foto), welche zur Hälfte aus den Mitgliedern der Ortsgruppe Rochlitz - Geringswalde und der Rest aus Jugendlichen und anderen Menschen bestanden. Auch Leute von der SPD schauten vorbei. Punkt 18:07 Uhr ging es dann los und es gab meinerseits eine



Mitgliederversammlung der LINKEN Rochlitz - Geringswalde geplant. Seit Gründung unseres Ortsverbandes (deren Vorsitzender ich bin) stand auf dem Plan, dass sich die Mitglieder alle zwei Monate zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung treffen und es dabei immer einen „Polit-Star“ gibt, welcher über ein bestimmtes Thema referiert. Diesmal war es **Juliane Nagel**, welche gebeten wurde etwas zum Thema Asyl zu erzählen.

Ab dem Moment, als Jule dem Ortsverband das Ja-Wort gab, war klar, dass die Linksjugend mit ins Boot musste. So beriefen wir ein kurzfristiges Plenum ein und die Sache war geritzt. Die Linksjugend kümmerte sich um Anmeldung, Raummiete, Finanzierung von Flyern und Plakaten, Technik, Security und um das leibliche Wohl (natürlich vegan und vegetarisch). Bei den Flyern und Plakaten half uns **Sabine Pester** kurzfristig aus der Patsche und kreierte uns ein tolles Layout. Das ging dann kurz über den Linksjugend- und Ortsgruppen-Verteiler und dann ab in den Druck.

Doch nun zur eigentlichen Veranstaltung...

Das Begegnungszentrum war mit

kurze Ansprache über die Notwendigkeit der Veranstaltung. Und dann fing Jule an. Mit einem unglaublichen Wissen und Sachkompetenz wurden uns bis 19:23 Uhr Zahlen, Fakten, Hintergründe und Lösungsvorschläge von Krisen und der damit verbundenen Flucht um die Ohren gehauen. Dann kam eine viertelstündige Pause um zu essen, zu trinken, zu rauchen, auf Toilette zu gehen, sich auszutauschen und was auch immer eine viertel Stunde noch so hergibt zu machen.

Nachdem sich alle wieder eingefunden haben, kam es zur angekündigten Diskussionsrunde, wo ich noch einmal kurz zu einem ordentlichen Sprachgebrauch, gerade was Worte wie Asylanter ect. angeht, aufforderte. Dies wurde auch gut angenommen und es gab bis kurz nach 20:30 Uhr einen regen Austausch von Erfahrungen zum Thema, zu Schilderungen der Flüchtlingshilfe und zu vielen Fragen an Jule, welche sie auch sehr gern beantwortet hat. Es war eine super Veranstaltung und der ganze Aufwand hat sich wirklich mehr als gelohnt. Hierbei noch einmal einen riesen Dank an Jule, die Kochcrew, die Linksjugend Mittelsachsen, den Ortsverband (der die Entscheidung, es öffentlich zu machen, mit trug), an alle Gäste und natürlich an die Leute, die mit zum Aufräumen verdonnert wurden!

jana pinka zu gast im „reich der mitte“

von Kerstin Ufer

Unsere Landtagsabgeordnete, Dr. Jana Pinka, nahm Mitte Oktober an einer sieben-tägigen Geschäftsreise nach China teil. Weitere Mitglieder der Delegation unter Leitung von Thomas Schmidt (CDU), Staatsministers für Umwelt und Landwirtschaft, waren die SPD-Landtagsabgeordnete Simone Lang, zahlreiche Vertreter Sächsischer Unternehmen und Wirtschaftsverbände, Wissenschaftler sowie Politiker des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft. Die Treffen und Gespräche mit Chinesischen Persön-

Benhandelsbeziehungen mit Sachsen bei der Vermarktung von Milch und Fleisch thematisiert. So bot die Sächsische Seite beispielsweise Hilfe bei der Veredlung von Käse und anderen Milchprodukten sowie bei der Forschung und Entwicklung landwirtschaftlicher Technik an.

In Wuhan und Chongqing eröffnete Staatsminister Thomas Schmidt außerdem Deutsch-Chinesische Technologieforen. Jana Pinka erklärte nach ihrer Rückkehr: „Ich habe mich als Sprecherin für Umwelt und Ressourcenwirtschaft meiner Fraktion sowie als Mitglied des Ausschusses Umwelt und Landwirtschaft hauptsächlich für die neue Qualität des Umweltschutzes und des



Die Sächsische Delegation unter Leitung von Staatsminister Thomas Schmidt (1.R.4.v.l.) vor dem Ministerium für Umwelt der Provinz Hubei. Der Umweltschutz und ein nachhaltiges Wassermanagement waren Themen der Gespräche in Wuhan, an denen auch MdL Dr. Jana Pinka (3.v.l.) teilnahm. Foto: Ministerium

lichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Peking, Wuhan, Ezhou und Chongqing hatten vor allem das Ziel, die sächsisch-chinesische Zusammenarbeit auf den Gebieten des Umweltschutzes, der Landwirtschaft und der Ressourcenwirtschaft zu verbessern und auszubauen.

Unter anderem wurde im Ministerium für Landwirtschaft der VR China die Verbesserung der Au-

Wassermanagements in China interessiert. Es wurde deutlich spürbar, dass auch in China die Einsicht in die Notwendigkeit steigt, stärker in die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zu investieren und zunehmend Technologien anzuwenden, die die Luft- und Wasserverschmutzung reduzieren.“ Nähere Informationen zu den Stationen und Gesprächen der Reise gibt es unter www.jana-pinka.de.



Das große Jubiläum der Bergakademie Freiberg geht seinem Höhepunkt entgegen. Sogar Bundespräsident Joachim Gauck wird zum großen Festakt in der Nikolaikirche seine Aufwartung machen. Am 3. Dezember erscheint aus diesem Anlass eine Sonderbriefmarke. Vor 50 Jahren ehrte die DDR die Bergakademie ebenso.

falk neubert bei landwirten in seifersbach

von Sabine Pester

Am 21. Oktober hat Falk Neubert die Seifersbacher Land AG, welche Ackerbau und Viehzucht betreibt, besucht. Ausgangspunkt war ein Schreiben des Regionalbauernverbandes Mittweida gewesen, der auf die Problematik der Erzeugerpreise für Milch, Schweinefleisch und Eier aufmerksam machen wollte. Denn diese sind in den letzten Monaten drastisch gesunken, was viele Bauern an den Rand ihrer Existenz treibt. Als Gründe gibt der Sächsische Landesbauernverband das derzeit bestehende Russland-Embargo, die schwächelnde Konjunktur in

Einzelhandel derzeit bezahlt. Ähnlich sieht es bei den Milchpreisen aus. Teilweise können die Bauern derzeit ihre Kosten mit dem Verkauf ihrer Produkte nur zu zwei Dritteln decken. Hilfe seitens der Bundes- und Landesregierung ist derzeit nicht in Sicht. Eine Preisuntergrenze für Lebensmittel, wie Falk Neubert als Vorschlag in die Diskussion einbrachte, wurde daher als positiv bewertet.

Aber auch andere Punkte wurden in der zweistündigen gemeinsamen Diskussion erörtert. So tauschte man sich zum Thema artgerechte Tierhaltung aus und dass hier zwischen der gesetzlichen Realität und der Vorstellung der Bürger eine gewaltige Lücke klafft. So sind



Falk Neubert (Bildmitte) im Gespräch mit Landwirten der Seifersbacher Land AG

den bevölkerungsreichen asiatischen Märkten wie China sowie vor allem die Einkaufs- und Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland an. In der gemeinsamen Debatte war dies auch das vorherrschende Thema. So schilderte Herr Kolbe, der Vorstandsvorsitzende der Seifersbacher Land AG, dass sie derzeit pro verkauftem Schwein ein Minus von 10 Euro machen. Die Produktionskosten (Personal-, Betriebs- und Futterkosten) sind höher als das was ihnen der

z.B. die Schweinebauern vom Gesetz her gezwungen ihre Tiere in Ställen zu halten und diese durch zwei Zäune zu schützen. Damit soll der Austausch von Krankheiten zwischen Wild- und Hausschweinen vermieden werden. Weitere Diskussionspunkte waren Biofleisch, die Zerstörung von Feldern und Weidewiesen durch Kleintiere sowie die Bauvorgaben beim Stallbau und die Integration von Asylbewerbern durch Arbeitsplätze in der Landwirtschaft.



Die „mittelsächsischen LinksWorte“ feiern Jubiläum! Unsere Dezemberheft wird die Nr. 100 tragen. Am 19. September 2007 erschien die Nr. 1 der „Döbelner, Freiberger, Mittweidaer LinksWorte“ und setzte die Tradition der „Freiberger LinksWorte“ fort, die bis dahin 242-mal erschienen waren. Im Kreisverband Mittweida wurde das „Rotkehlchen“ herausgegeben. Seit Juni 2008 erscheint unsere Zeitung mit ihrem heutigen Namen. Im Dezember folgt ein „großes Resümee“ der mehr als acht Jahre.

Die Kommunistische Internationale - letzter Weltkongress im Jahr 1935

von Achim Grunke, Freiberg

Im Juli/August 1935 tagte in Moskau der VII. und letzte Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern). Am 22. Mai 1943 brachte die „Prawda“, die zentrale Zeitung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Mitteilung, die Komintern werde als Organisation aufgelöst, da sie ihre historische Mission erfüllt habe.

Maßgeblich ging diese Entscheidung auf Stalin zurück, der mit der Auflösung der Komintern meinte, auch eine Geste gegenüber den westlichen Alliierten in der Anti-Hitler-Koalition tun zu müssen. Die Komintern hatte sich selbst in der Rolle des „**Generalstabs der Weltrevolution**“ gesehen und zu ihrem Bestreben erklärt, „**die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der kommunistischen Revolution zu erleichtern und zu beschleunigen**“, was bei den westlichen Regierungen als bedrohender Export der Revolution empfunden wurde.

Gründung

Der Gründungskongress der Komintern fand vom 2. bis 6. März 1919 in Moskau statt. Die Schaffung der Komintern als der III. Internationale war nicht nur eine Reaktion auf das Scheitern der II. Internationale, sondern auch eine Konsequenz auf das Ausbleiben einer sozialistischen Revolution 1918/19 in Deutschland. Sowjetrußland und seine kommunistische Partei sollten nicht in die politische Isolation geraten und deshalb eng mit einer Schar gleichgerichteter kommunistischer Parteien in der Welt verbunden sein.

An diesem I. Kongress nahmen Vertreter kleiner und damals noch unbedeutender revolutionärer Gruppierungen teil. Hugo Eberlein von der KPD war der einzige Vertreter einer Partei außerhalb Sowjetrußlands, der eine Vollmacht seiner Partei besaß. Eberlein enthielt sich jedoch bei der entscheidenden Abstimmung über die Gründung der Stimme. Er folgte dabei der Weisung seiner Berliner Parteizentrale, die die Gründung für verfrüht hielt. Die KPD-Führung handelte und argumentierte hier noch im Sinne der im Januar ermordeten Rosa Luxemburg, die in den Vorjahren immer wieder in kritischer Distanz zu einigen Positionen Lenins und der Bolschewiki gestanden hatte. Insbesondere seien hier genannt ihre Kritik am Ul-

trazentralismus der russischen Partei und die Aufhebung demokratischer Grundfreiheiten nach der Oktoberrevolution.

Organisationsprinzipien

Die Organisationsprinzipien der Komintern wurden auf dem II. Weltkongress beschlossen, der vom 19. Juli bis 7. August 1920 tagte. Als grundlegendes Organisations- und Führungsprinzip wurde der bereits in der Leninschen Partei geltende „demokratische Zentralismus“ als verbindlich auf die Komintern übertragen. Die einzelnen kommunistischen Mitgliedsparteien gaben dabei ihre Eigenständigkeit auf und hatten sich künftig ausschließlich als territoriale Gliederungen, als nationale „Sektionen“ der Komintern zu verstehen.

Die im Leninschen Modell der „Partei neuen Typs“ verbindlichen Organisationsprinzipien, entstanden unter den Bedingungen der Illegalität und ihre Rechtfertigung unter den Verhältnissen des Bürgerkriegs findend, hatten mit dem Beschluss der „21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ fortan auch alle Mitgliedparteien der Komintern durchzusetzen. Als zwölfte Aufnahmebedingung wurde das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ für alle Mitgliedparteien mit folgender Begründung für allgemeingültig erklärt: „In der gegenwärtigen Zeit des verschärften Bürgerkrieges ist die Kommunistische Partei nur dann imstande, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist und eine eiserne, fast militärische Disziplin in ihr herrscht, wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.“

Der britische marxistische Historiker Eric Hobsbawm, Mitglied der KP Großbritanniens bis zu ihrer Selbstauflösung 1991, sah es in der Rückschau als einen schweren Irrtum an, dass die Komintern um den Preis der ideologischen Reinheit nicht auf eine breite linke Bewegung gesetzt hatte und damit auch zur Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung beigetragen hatte.

In der deutschen USPD, einer linken Abspaltung von der SPD, auf die Lenin zunächst noch Hoffnungen gesetzt hatte, entbrannte eine heftige Debatte über die „21 Aufnahmebedingungen“, in deren Folge es zu einer Spaltung der USPD kam, wo zunächst etwa 300.000 Mitglieder zur

KPD übertraten, die bis dahin selbst nur 70.000 Mitglieder zählte. Danach gingen etwa 200.000 verbleibende USPD-Mitglieder zur SPD. Aus Verbitterung über die Spaltung blieben fast 200.000 ehemalige Mitglieder beider Parteien fern.

Feindbild Sozialdemokratie

Nachdem die revolutionäre Stimmung in Westeuropa versiegt war und die kommunistischen Parteien doch nicht den erwarteten Zulauf hatten, versuchte die Komintern auf dem III. Weltkongress 1921 ihre Strategie den Bedingungen anzupassen und rief zu einer „Einheitsfront“ genau mit den Sozialisten und Sozialdemokraten auf, die sie als Opportunisten auf dem II. Kongress zurückgewiesen hatte. Im April 1922 kam es sogar zu einem gemeinsamen Treffen von Vertretern der 3 Internationalen: der Komintern, der Londoner Internationale (Sozialdemokraten), der Wiener Internationale (Sozialisten).

Der Dialog blieb ergebnislos, die gegenseitigen Vorbehalte standen mehr im Vordergrund als das Einende.

Auf dem V. Weltkongress im Juni/Juli 1924 sollten mit dem Beschluss über die „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien die letzten Reste sozialdemokratischer Vergangenheit in den Parteien der Komintern ausgetilgt werden. Die hier ebenfalls eingeleitete Stalinisierung der Komintern wurde auf dem VI. Weltkongress vom Juli/September 1928 fortgeführt und verschärft.

Die These vom „Sozialfaschismus“, bereits in einer Resolution des V. Kongresses artikuliert, fand sich im Programm der Komintern wieder, das auf dem VI. Kongress 1928 verabschiedet wurde. Darin wurde eine Wesensgleichheit zwischen Sozialdemokratie und Faschismus behauptet, die Stalin im September 1924 so beschrieben hatte: „Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus ... Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder.“

Volksfront und Faschismusdefinition

Mit dem VII. und letzten Weltkongress vom 25. Juli bis 20. August 1935 verabschiedete sich die Komintern von der These des Sozialfaschismus,

denn im Juli 1934 hatte die französische KP – auch unter dem Eindruck der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland – einen Aktionspakt mit den Sozialisten abgeschlossen. Nach diesem Vorbild sollten nun die Mitgliedparteien der Komintern eine „Einheitsfront“ mit Sozialisten und Sozialdemokraten herstellen und gemeinsam mit anderen antifaschistischen liberalen und bürgerlichen Kräften eine „Volksfront“ anstreben, um der faschistischen Gefahr entgegenzutreten.

Georgi Dimitroff, auf dem Kongress zum Generalsekretär der Komintern gewählt, hatte 1934 eine selbstkritische Analyse der Politik der Komintern vorgelegt, in der die These des Sozialfaschismus verworfen wurde, da sie zur weiteren Spaltung der Arbeiterklasse beigetragen hatte. Aus seiner Rede auf dem Kongress ist insbesondere seine Faschismusdefinition in Erinnerung geblieben: „Faschismus an der Macht ... ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Für Dimitroff bedeutete Faschismus die Macht der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals. Er differenzierte somit innerhalb des Kapitals und des Finanzkapitals, um auch Teile des Kapitals in die Volksfrontpolitik einbeziehen zu können. Jedoch reduzierte sich Dimitroffs Faschismusdefinition auf die Erklärung der damaligen sozialökonomischen Grundlagen und vereinfachte auch das Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Macht. Die Definition war in eine Rede politischen Charakters eingebunden und konnte daher kein Ersatz für eine wissenschaftliche Theoriebildung vom Faschismus sein.

Zur weiteren Charakterisierung des Faschismus gehören wenigstens folgende Merkmale:

- Eine unumschränkte Machtausübung der Exekutive ohne parlamentarische Grundlage und Kontrolle – Ablehnung demokratischer Formen der Entscheidungsfindung und Machtausübung;
- Unterordnung des Einzelnen in der „natürlichen“ Ordnung der „Volksgemeinschaft“ – Ablehnung der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte der Menschen und der humanistischen Werte der Aufklärung;
- Übersteigter Nationalismus und imperialistisches Großmachtstreben, verbunden mit Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus.

kreisvorstand aktuell

Der vor zwei Jahren gewählte Kreisvorstand traf sich am 2. November zu seiner letzten Sitzung vor dem Kreisparteitag mit der Wahl eines neuen Kreisvorstandes. Im Mittelpunkt der Beratung standen folgende Schwerpunkte:

- Im Mittelpunkt des Tagesordnungspunktes „Aktuelles“ stand die **Flüchtlingsproblematik** und dabei besonders die wachsenden Gewaltübergriffe seitens rechter Kräfte. Analysiert wurde in diesem Zusammenhang die Rolle von Pegida und der AfD. In Deutschland, so der Kreisvorsitzende Falk Neubert, stehe ein Kulturkampf an, im Mittelpunkt die Frage „Wo geht es in der Migrationspolitik hin?“. Der werde über Jahre andauern. Eingegangen wurde auf jüngste Aktionen asylfeindlicher Kräfte und Gegenaktionen u.a. in Mittweida, Freiberg und Döbeln.
- Der Kreisvorstand beriet und billigte den **Finanzplan 2016** des Kreisverbandes. Dabei wurde erneut deutlich, dass Einnahme-Rückgänge im Beitragsaufkommen auch zu Einsparungen auf der Ausgaben-Seite zwingen. Dennoch können im Rahmen der komplexen Planung für den Zeitraum 2014 bis 2019 im kommenden Jahr Rücklagen für die Wahlkämpfe in den Folgejahren gebildet werden.
Der Kreisvorstand legte fest, die in den Jahren 2013 bis 2015 den Ortsverbänden wegen des Wahlkampfes auf 150 Prozent erhöhten Mittel für die politische Arbeit auch 2016 in dieser Höhe zur Verfügung zu stellen. In der Summe sind das 9.400 Euro zuzüglich der Spenden der Mitglieder des jeweiligen Ortsverbandes.
- Der Kreisvorstand stimmte letzte Details für den **Kreisparteitag** ab. Das waren vor allem die Besetzung der Kommissionen, die Zusammenstellung der eingegangenen Vorschläge für den Kreisvorstand, die Kreisrevisionskommission sowie die Delegierten zum Bundesparteitag und zur Landesseniorenkonferenz.

Auch in diesem Jahr laden unsere beiden mittelsächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka und Falk Neubert zum traditionellen **Besuch des Sächsischen Landtages** ein.

Der Landtags-Besuch findet in diesem Jahr am 17. Dezember statt und beginnt 17 Uhr. Neben der Information durch den Besucherdienst des Landtages und dem Besuch der Plenarsitzung ist ab 18:30 Uhr ein Gespräch mit den beiden Abgeordneten und ein gemeinsames Abendessen im Restaurant „Chiaveri“ vorgesehen.

Da die Zahl der Teilnehmer auf 22 begrenzt ist, bitten Jana Pinka und Falk Neubert um vorherige Anmeldung unter mittweida@falk-neubert.de oder 03727/659170.

Die An- und Abreise nach Dresden muss durch die Teilnehmer selbst organisiert werden.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat dezember 2015 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Ursula Heintze	geb. am 01.12.1929,	in	Döbeln
Ruth Fritzsche	geb. am 01.12.1926,	in	Freiberg
Ruth Birndt	geb. am 02.12.1931,	in	Freiberg
Ute Günther	geb. am 02.12.1940,	in	Lichtenau
Gerhard Lichtenberger	geb. am 03.12.1929,	in	Flöha
Fritz Kummerlöh	geb. am 06.12.1940,	in	Wechselburg
Günter Timmeck	geb. am 10.12.1933,	in	Mittweida
Christfried Starke	geb. am 12.12.1940,	in	Mittweida
Inge Schubert	geb. am 12.12.1934,	in	Freiberg
Luise Matthes	geb. am 13.12.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Brigitta Ihde	geb. am 14.12.1955,	in	Burgstädt
Anni Drechsel	geb. am 16.12.1929,	in	Flöha
Gertraud Heinrich	geb. am 16.12.1926,	in	Waldheim
Irmgard Junghannß	geb. am 16.12.1922,	in	Burgstädt
Elsbeth Uhlig	geb. am 16.12.1925,	in	Flöha
Manfred Ranft	geb. am 22.12.1933,	in	Hainichen
Otto Lorenz	geb. am 22.12.1919,	in	Lunzenau
Gotfried Richter	geb. am 26.12.1929,	in	Erlau
Hildegard Hentze	geb. am 26.12.1925,	in	Leisnig
Lothar Fichtner	geb. am 26.12.1934,	in	Mühlau
Doris Proksch	geb. am 27.12.1927,	in	Frankenberg/Sa.
Lothar Vogel	geb. am 27.12.1950,	in	Waldheim
Waltraud Fischer	geb. am 28.12.1929,	in	Döbeln

jahrestage im dezember 2015

13.12. 1865: Mit dem 13. Verfassungszusatz wird die Sklaverei in den USA verboten.

21.12. 1915: Neben Karl Liebknecht und Otto Rühle stimmen weitere 18 Mitglieder der SPD-Fraktion im Reichstag gegen die Kriegskredite.

8./9. 12. 1955: Botschafterkonferenz in Bonn: Die BRD bekräftigt ihren Alleinvertretungsanspruch für Deutschland (Hallstein-Doktrin). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR wird mit Sanktionen geahndet.

15.12. 1965: Das 11. Plenum des ZK der SED rechnet mit offener Jugend- und Kulturpolitik ab - „Kahlschlagplenum“.

02.12. 1990: Erste gesamtdeutsche Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag.

06.12. 1995: Der Bundestag stimmt der Entsendung von 4.000 Bundeswehrsoldaten nach

Bosnien-Herzegowina zu.

30.12. 1995: Heiner Müller (Dramatiker, letzter Präsident der Akademie der Künste Berlin/Ost) verstirbt in Berlin.

Kluge Leute mit klugen Erkenntnissen

Jeder Mensch kann irren, aber Dummköpfe verharren im Irrtum.

Marcus Tullius Cicero

Viele Kinder haben schwer erziehbare Eltern.

Jean-Jacques Rousseau

Erziehen heißt vorleben. Alles andere ist höchstens Dressur.

Oswald Bumke

terminübersicht

november 2015

24.11. 19:00 Uhr Konstituierende Sitzung des auf dem Kreisparteitag neu gewählten Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

dezember 2015

03.12. 09:00 Uhr Bus-Ausfahrt in die Peter-Sodann-Bibliothek Staucha
Organisiert vom Ortsverband Brand-Erbisdorf

05.12. 10:30 Uhr Bildungstag - Diskussionen zum Bildungsverständnis der LINKEN
DGB-Haus Keithstraße 1+3, Berlin

07.12. 17:00 Uhr Öffentliches Forum mit MdB Stefan Liebich (Berlin) zur wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen
Gaststätte „BrauhoF“ Freiberg

14.12. 16:00 Uhr Redaktionssitzung der LinksWorte
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

Den Jahresauftakt 2016 für DIE LINKE bildet wieder das **Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg** in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin, Zentralfriedhof Friedrichsfelde.



Zu einem Meinungsaustausch mit dem neu gewählten Oberbürgermeister von Flöha, **Volker Holuscha** (DIE LINKE, im Bild links) kam der Landes- und Fraktionsvorsitzende der sächsischen LINKEN, **Rico Gebhardt**, kürzlich nach Flöha. Dabei ging es auch um Fragen der Bewältigung des Flüchtlingsstroms in den Kommunen. Unser Bild zeigt beide vor der auf dem Gelände der ehemaligen Baumwollspinnerei Flöha aus einer alten Shedhalle entstandenen größten Kindertagesstätte Sachsens. Die „Baumwollzwerge“, eine von der Volkssolidarität betreute integrative Einrichtung, bietet 373 Betreuungsplätze, davon 182 Kinderkrippen-, 131 Kindergarten- und 60 Hortplätze.



Ein Ausschnitt aus der Regionalausgabe Rochlitz der Freien Presse vom 7. November. **David Rausch**, Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN und Kreisrat, stellt sich am 15. November (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) der Wahl zum ehrenamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Zettlitz. Dabei will er vor allem auf eine transparente Kommunalpolitik setzen. Die Eigenständigkeit von Zettlitz will er erhalten.



Sophie Helwig (r.) erklärte **Jana Pinka** und **Lasse Eggers**, sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss der Stadt Freiberg, den interaktiven Teil der Ausstellung. Hier wird gezeigt, welches Gepäck die Menschen auf der Flucht in etwa aus ihrer Heimat mitnehmen können. Foto:

aufklärung zum thema asyl

von Kerstin Ufer

Auf Initiative der Evangelischen Jugend im Kirchenbezirk Freiberg machte die Wanderausstellung ASYLUM der AG In- und Ausländer e.V. Chemnitz vom 9. bis 13. November Station im Kreuzgang des Freiburger Doms. In diesen 5 Tagen konnten sich mehr als 300 Schüler und Schülerinnen sowie Auszubildende ein etwaiges Bild davon machen, wie Menschen Flucht und Asyl erleben. Die Ausstellung zeigt an Hand verschiedener Module unter anderem die Geschichte der Flüchtlingspolitik in Deutschland, vermittelt eine Vorstellung, wie Flüchtlinge auf 6 m² leben, erklärt

Begriffe rund um das Thema Asyl, klärt über rechtliche Bestimmungen auf und verdeutlicht die Fluchtbewegungen weltweit.

Sophie Helwig, Sozialarbeiterin beim Kinder- und Jugendtreff Tee-Ei ist eine der engagierten ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, die durch die Ausstellung führen. „Wir wollen mit dieser Schau vor allem Wissen vermitteln, Vorurteile und Ängste abbauen sowie um Verständnis werben“, erklärte sie während eines Rundgangs, an dem auch Mdl Jana Pinka teilnahm. Die Ausstellung kann kostenfrei bei der AG In- und Ausländer e. V. ausgeliehen werden. **Ansprechpartnerin:** Frau Heidenreich, 0371-495 127 60, ikl@agiua.de.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen:

Werner Kunze aus Burgstädt

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.